



Einführung von befähigenden Sachleistungen für Kinder aus Familien im SGB II-Bezug

Kinder brauchen gute strukturelle Rahmenbedingungen für ihre Entwicklung. Hierzu gehört ein flächendeckendes Angebot von Betreuungs-, Bildungs- und kulturellen sowie sportlichen Angeboten. Der Deutsche Caritasverband hält es daher für erforderlich, dass Bund, Länder und Kommunen befähigende Sachleistungen kostenfrei für Kinder aus einkommensschwachen Familien bereitstellen. Im Folgenden legen wir Vorschläge für die Umsetzung eines solchen Sachleistungsanspruchs für die Bereiche Nachhilfe, öffentlicher Nahverkehr, zusätzliche Leistungen zur sozialen und kulturellen Teilhabe sowie Lehr- und Lernmittel vor bzw. zeigen sonstige Problemlösungsansätze auf.

1. Nachhilfe

Situation

Die Beteiligung am Nachhilfeunterricht variiert stark mit dem Einkommen: 5,5 Prozent der 14- bis 17-Jährigen aus dem untersten Einkommensquintil nehmen Nachhilfeunterricht gegenüber 20,3 Prozent aus dem obersten Einkommensquintil (EVS 2003). Daraus resultiert, dass ein in einem eigenständig berechneten Kinderregelsatz eingestellter Betrag im tatsächlichen Bedarfsfall die Kosten bei weitem nicht decken würde.

Rechtliche Rahmenbedingungen:

Im Gesetz zur Abschaffung des Finanzplanungsrates (BT-Drucksache 17/983) vom 24.03.2010, im Zuge dessen die Härtefallregelung in das SGB II eingeführt wurde (§ 21 Abs. 6), findet sich kein Hinweis auf Nachhilfe.

Die Handlungsanweisung der BA vom 08.06.2010 nennt konkrete Voraussetzungen für die Gewährung von Nachhilfe im Rahmen der Härtefallregelung: „Kosten für Nachhilfeunterricht können in der Regel nicht übernommen werden. Vorrangig sind schulische Angebote wie Förderkurse zu nutzen. Sie können nur im besonderen Einzelfall gewährt werden. Voraussetzung hierfür ist, dass es einen be-

sonderen Anlass gibt, z.B. langfristige Erkrankung, Todesfall in der Familie. Zudem muss die Aussicht auf Überwindung des Nachhilfebedarfes innerhalb eines Zeitraumes von sechs Monaten, längstens bis zum Schuljahresende bestehen. Bei Nachhilfekosten wegen erwiesener Rechenschwäche oder Lese-/Rechtschreibschwäche ist die Überwindung des Nachhilfebedarfes in der Regel innerhalb eines halben Jahres nicht möglich; ein Härtefall liegt hier somit nicht vor.“

Im Gegensatz dazu hatte zur alten Rechtslage der VGH Mannheim zu § 21 BSHG Folgendes festgelegt: Einzelnachhilfe ist erforderlich, wenn die Versetzung gefährdet ist oder um den Übergang auf die Sonderschule zu vermeiden.

In seinem Urteil vom 09.02.2010 hat das Bundesverfassungsgericht sich wie folgt geäußert: Die Zuständigkeit der Länder betrifft den personellen und sachlichen Aufwand für die Institution Schule, nicht aber den individuellen Bedarf eines hilfebedürftigen Schülers (Rn. 182).

Bewertung

Die geringe Inanspruchnahme von Nachhilfeunterricht bei niedrigem Einkommen der Eltern verfestigt den Zusammenhang zwischen sozialen Unterschieden und Bildungserfolg. Hier muss gegensteuert werden. Es ist dabei nicht sinnvoll, im Regelsatz einen geringen Betrag für Nachhilfeunterricht einzustellen, der im Bedarfsfall nicht ausreichend ist und mit großen Einsparungen in anderen Bereichen kompensiert werden muss. Demgegenüber ist es angebracht, Nachhilfe als Sachleistung für diejenigen bereitzustellen, die sie brauchen.

Lösungsvorschlag

Nachhilfe muss als Sachleistung für Kinder aus einkommensschwachen Familien gewährt werden. Der DCV macht folgenden Vorschlag zur Umsetzung des Anspruchs auf Nachhilfeunterricht: Die Schule (z.B. die Klassenkonferenz, der Klassenlehrer oder der Schulsozialarbeiter) bestimmt den Bedarf eines Schülers an Nachhilfeunterricht in den einzelnen Fächern. Dies kann auch auf Antrag der Eltern geschehen. Der Schüler bzw. seine Eltern beantragen die Nachhilfe bei der Grundsicherungsstelle und bekommen einen Gutschein, der bei einem zertifizierten Nachhilfeanbieter eingelöst werden kann. Alternativ könnte die Grundsicherungsstelle die Kosten des Nachhilfeunterrichts gegen Quittung übernehmen. In dem eigenständig berechneten Kinderregelsatz werden die Kosten für Nachhilfe (enthalten in der Abteilung 10 der EVS) nicht berücksichtigt. Der Bund übernimmt die Kosten des Nachhilfeunterrichts durch die Anerkennung als Mehrbedarf. Hier ist in § 21 SGB II ein neuer Absatz einzufügen mit folgendem Wortlaut: „Für Schüler/innen an allgemeinbildenden Schulen, die Nachhilfeunterricht in Anspruch nehmen, werden die Kosten des Nachhilfeunterrichts erstattet bzw. übernommen, soweit sie angemessen sind.“ Denkbar ist auch eine weitere Fallgruppe in § 23 Abs. 3 SGB II (Erstausstattungen und mehrtägige Klassenfahrt), wobei zu berücksichtigen ist, dass die Kommune Träger, also auch Kostenträger, der Leistungen des § 23 Abs. 3 SGB II ist. Sollten diese Lösungen nicht möglich sein, müssen die Voraussetzungen, unter denen die BA die Kosten für Nachhilfeunterricht übernimmt, deutlich gelockert werden. Die Bedarfsfeststellung durch die Schule muss für die Kostenübernahme ausreichend sein.

Der Nachhilfeunterricht soll möglichst schulnah organisiert werden. Die Zertifizierung von Anbietern soll Missbrauch verhindern, aber keine allzu hohen Schwellen setzen. Der Bedarf an Nachhil-

feunterricht soll für alle Schüler eingeschätzt werden und durch ein Schreiben bestätigt werden. So kann eine Stigmatisierung der einkommensschwachen Schüler verhindert werden.

Zusätzlich zur Kostenübernahme des Bundes bzw. der Kommunen von Nachhilfeunterricht müssen die Länder den Schulen Mittel zur außerschulischen Förderung von nicht Sozialgeld beziehenden Schülern zur Verfügung stellen. Diese können dann auch dafür verwandt werden, Schüler aus dem Bezug von Kinderzuschlag oder Wohngeld oder sonstige benachteiligte Kinder mit Nachhilfeunterricht zu versorgen.

2. Öffentlicher Nahverkehr

Situation

In Abteilung 07 der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe werden die Ausgabepositionen im Bereich „Verkehr“ eingestellt. Als regelsatzrelevant werden folgende Positionen anerkannt:

- a. Kauf von Fahrrädern
- b. Zubehör, Einzel- und Ersatzteile für Fahrräder
- c. Fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne „im Luftverkehr/auf Reisen“)

Die Ausgaben für den Kauf und die Nutzung eines Pkws werden nicht in den Regelsatz aufgenommen.

Für den alleinstehenden Erwachsenen sind im Regelsatz 15,71 Euro für Verkehrsausgaben vorgesehen. Die Vergleichsgruppe in der EVS (alleinstehende Erwachsene des unteren Einkommensquintils ohne Sozialhilfeempfänger) hat insgesamt Verkehrsausgaben von 59,36 Euro, wobei hierunter auch Kosten für Garagen, Stellplätze und Kutschen fallen.

Kinder aus dem unteren Einkommensquintil ohne Sozialhilfeempfänger und verdeckt Arme haben nach den Berechnungen des DCV in der EVS 2003 folgende Verkehrsausgaben:

- 0- bis 5-Jährige: 29 Euro
- 6- bis 13-Jährige: 31 Euro
- 14- bis 17-Jährige: 26 Euro

Davon sind folgende Ausgaben fiktiv regelsatzrelevant:

- 0- bis 5-Jährige: 7 Euro
- 6- bis 13-Jährige: 8 Euro
- 14- bis 17-Jährige: 7 Euro

Rechtliche Situation zur Übernahme von Kosten für den ÖPNV:

Die Schülerbeförderung ist Ländersache. Oft werden die Kosten für die Beförderung im öffentlichen Nahverkehr ab einer bestimmten Entfernung und abhängig vom Einkommen der Eltern bezuschusst bzw. übernommen.

Bewertung

Die Wertung, welche Ausgabepositionen in der Abteilung „Verkehr“ regelsatzrelevant sind, erzeugt einen systematischen Fehler. Die vom Deutschen Caritasverband in Auftrag gegebenen Untersuchungen zeigen, dass die Haushalte in der Referenzgruppe regelmäßig ein Kraftfahrzeug besitzen. Folglich sind ihre Ausgaben für öffentlichen Nahverkehr geringer, als diejenigen von Haushalten, die ausschließlich auf die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel angewiesen sind.

Erkennt man bei Empfängern von Regelsätzen Ausgaben für ein Kraftfahrzeug nicht als regelsatzrelevant an, sind die Ausgaben der Referenzgruppe für öffentliche Verkehrsmittel faktisch nicht bedarfsdeckend.

Lösungsvorschlag

Bei der Berechnung des Anteils, der im Regelsatz für den öffentlichen Nahverkehr vorgesehen ist, darf die Referenzgruppe jeweils nur aus denjenigen Personen bzw. Ein-Kind-Familien bestehen, die selbst kein Auto haben und somit auch auf den Öffentlichen Nahverkehr als einziges Verkehrsmittel außer dem Fahrrad angewiesen sind. Diese Haushalte können identifiziert werden, indem man nur solche Referenzhaushalte in der EVS betrachtet, die keine oder sehr geringe Ausgaben in der Kategorie „Kraftstoffe und Schmiermittel“ der Abteilung 07 der EVS haben. Dadurch wird die systematische Verzerrung in der Kostenberechnung aufgehoben.

3. Zusätzliche Leistungen zur sozialen und kulturellen Teilhabe

Situation

Die Ausgaben von Kindern im untersten Quintil in der EVS 2003 belegen, dass ihre Beteiligung an Kultur- und Freizeitdienstleistungen deutlich unter dem Durchschnitt liegt.

Bewertung

Für Kinder sind ihr Umfeld und die Erfahrungen, die sie während des Aufwachsens dort machen, prägend. Sowohl im Freizeit- als auch im Kulturbereich werden wertvolle Anregungen für die persönliche Entwicklung gegeben. Deswegen ist eine geringe Beteiligung von Kindern an Angeboten in diesem Bereich nachteilig für ihre Entwicklung. Auch Kinder aus einkommensschwachen Familien müssen die Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe an Freizeit- und Kulturveranstaltungen haben.

Lösungsvorschlag

Der Bund bietet eine Karte an, auf die ein gewisser Geldbetrag (Vorschlag: 300 Euro im Jahr) geladen ist. Diese Karte kann zum Bezahlen von Eintritten im Kultur- und Freizeitbereich benutzt werden. Dafür muss eine passende Infrastruktur (Lesegeräte für die Karten) aufgebaut werden.

Vorbild sind schon derzeit existierende Kartenmodelle einzelner Kommunen. Auch private Anbieter sollen an dem Kartenmodell teilnehmen können.

Die Verwendbarkeit dieser Karte kann daran gebunden sein, dass die Kommune bzw. der private Anbieter beim jeweiligen Angebot einen gewissen Prozentsatz des Eintrittspreises erlässt. Dies kann auch dadurch erfüllt werden, dass bestehende Rabatte weiterhin gewährt werden. Falls die Verwendbarkeit der Karte an eine Preisreduktion gebunden ist, müssen die Kommunen die privaten Anbieter zertifizieren und ihre Preisreduktionen überprüfen. In Kommunen, die selbst wenig kulturelle Leistungen anbieten können, müsste die Karte im Regionalverbund mit anderen Kommunen angeboten werden. Außerdem könnte die Karte zum Verkauf angeboten werden, auch mit nach Einkommen und/oder Kinderzahl gestaffelten Kartenpreisen. Dies wäre dann sinnvoll, wenn der Kaufpreis der Karte kleiner als ihr Wert ist oder wenn ihre Benutzung mit einer Preisreduktion verbunden wäre. Durch eine breite Nutzung der Karte würde man Stigmatisierung vermeiden.

Alternativ zum Kartenmodell kommt ein Gutscheineheft in Betracht, wie es vielerorts in der Gastronomie schon existiert (zwei Essen zum Preis von einem). Das Gutscheineheft beinhaltet Rabattangebote von verschiedenen kommunalen und privaten Anbietern. Eine zusätzliche Infrastruktur wäre nicht nötig. Das Heft könnte ebenso wie die Karte zu gestaffelten Preisen zum Verkauf angeboten werden.

4. Lehrmittel

Vorbemerkung

Die Terminologie des Begriffs Lehr- und Lernmittel ist häufig nicht einheitlich. Wir definieren die Begriffe wie folgt: Unter Lehrmitteln verstehen wir Schulbücher, unter Lernmittel Stifte, Hefte, Schulranzen, Turnbeutel, Zirkel, etc., sowie literarische Unterrichtslektüre und „Workbooks“ (Übungshefte, in welche man schreibt, die also nicht mehrmals verwendbar sind).

Situation (Stand 26.03.2009)

Bundesland	Rechtsnorm	Regelung	Ausnahmen für SGB II/XII, etc.
Baden-Württemberg	Art. 14 Abs. 2 LV, § 94 SchulG	Lehrmittelfreiheit (Bücher werden leihweise überlassen)	
Bayern		Lehrmittelfreiheit	
Berlin	SchulG, LernmittelVO	Eigenanteil: Bis zu einem Betrag von 100 € je Schüler müssen die Bücher auf eigene Kosten angeschafft werden	- SGB II, XII, Wohngeld, BAföG, AsylbLG

Brandenburg	§§ 10 ff LernmittelVO	Eigenanteil, der sich nach Jahrgangsstufe und Schultyp richtet (12, 25, 29 €)	<ul style="list-style-type: none"> - Wer am 01.08. des Jahres AsylbLG-, SGB II- oder SGB XII-Leistungen erhält, zahlt keinen Eigenanteil - bei Familien mit drei oder mehr schulpfl. Kindern: ab dem 3. Kind ermäßigt sich der Eigenanteil um 50%
Bremen		Lehrmittelfreiheit	
Hamburg	§ 30 SchulG, LernmittelVO	Grundsatz: Selber kaufen oder ausleihen, Ausleihgebühr zw. 30-40% des Kaufpreises, Höchstgrenzen für die Summe der Nutzungsgebühren, die sich nach Jahrgangsstufen richten (50, 80, 100 €)	<ul style="list-style-type: none"> - bei Familien mit drei o. mehr schulpfl. Kindern: je Kind nur 50% des Büchergelds - Freistellung für SGB II-, XII-, VIII-, BAföG-, AsylbLG-, BAB-Empfänger und Familien, die andere bedarfsabhängige Sozialleistungen zum Lebensunterhalt erhalten
Hessen	§ 153 SchulG, DurchführungsVO	Lehrmittelfreiheit	
Mecklenburg-Vorpommern	§ 54 Abs. 2 und 3 SchulG	Lehrmittelfreiheit (Bücher werden leihweise überlassen)	
Niedersachsen		Grundsatz: Selber kaufen oder ausleihen, Ausleihgebühr zw. 33-60 % des Ladenpreises	<ul style="list-style-type: none"> - Familien mit mehreren schulpfl. Kindern (pro Kind max. 80% des von der Schule festgesetzten Entgelts) - Schule kann soz. Verhältnisse berücksichtigen - Freistellung für SGB II, XII, AsylbLG, Pflegekinder, Heimkinder
Nordrhein-Westfalen	§ 96 SchulG	Eigenanteil	<ul style="list-style-type: none"> - SGB XII - über weitere Entlastungen kann der Schulträger in eigener Verantwortung entscheiden
Rheinland-Pfalz	SchulG, LernmittelVO	Grundsatz: selber kaufen	<ul style="list-style-type: none"> - Abhängig von bestimmten Einkommensgrenzen (Elterhaushalt, Bruttoeinkommen, § 2 Abs. 1-3 EStG: 22.750 – 26.500 €) erhalten die Schüler einen Lernmittelgutschein für

			den Buchhandel - Wert des Gutscheins: bei Familien mit 1-2 Kindern 75%, ab 3 Kindern 100%
Saarland		Grundsatz: selber kaufen	- Schulbuchleihsystem seit 2009/2010, „Paketlösung“, d.h. alle Bücher, die auf der jeweiligen Schulbuchliste der Schule stehen - Ab Schuljahr 2010/2011 wird für jede allgemeinbildende Schule ein eigenes Leihentgelt festgelegt - Freistellung für SGB II, XII, VIII, AsylbLG, Kinderzuschlag, Wohngeld, Bezieher von Waisenrente, -geld
Sachsen-Anhalt		Mischsystem aus Kauf, Miete und kostenfreier Bereitstellung; seit 2003/2004 Ausleihe möglich: pro Schüler und Buch 3 €	- Ermäßigung auf 1 € pro Buch für Heimkinder, SGB II, XII, AsylbLG, Mehrkindfamilien mit mind. 5 schulpfl. Kindern - Ermäßigung auf 2 € pro Buch für Mehrkindfamilien mit 3 oder 4 schulpfl. Kindern
Sachsen	§ 38 Abs. 2 SchulG	Lehrmittelfreiheit (Bücher werden leihweise überlassen, sofern sie nicht selbst gekauft werden)	
Schleswig - Holstein	§ 13 SchulG	Lehrmittelfreiheit (Bücher werden leihweise überlassen). Das Ministerium kann durch VO Mindestbeträge für die Gewährung der freien Lehrmittel festsetzen	
Thüringen		Lehrmittelfreiheit	

Bewertung

Lehrmittelfreiheit ist gerade für Kinder aus einkommensschwachen Familien unabdingbar. Der Zugang zu Lehrmitteln ist eine wichtige Voraussetzung für den Bildungserfolg.

Lösung

Lehrmittel müssen Kindern kostenfrei zur Verfügung stehen. Dazu gehört im Bereich Bildung die Wiedereinführung der Lehrmittelfreiheit in allen Bundesländern, zumindest für alle Kinder aus Familien mit geringen Einkommen.

5. Lernmittel

Situation

Lernmittel wie zum Beispiel Stifte, Hefte, Schulranzen, Turnbeutel, Zirkel, Computernutzung etc., literarische Unterrichtslektüre und das Workbook müssen in der Regel selbst von den Familien finanziert werden.

Bewertung

Lernmittel sind Dinge, die regelmäßig angeschafft werden müssen. Es ist davon auszugehen, dass die Kosten für Lernmittel durch ihre Erfassung im neuen Kinderregelsatz in der EVS gedeckt werden können.

Lösung

Es muss möglich sein, Lernmittel aus dem neu berechneten Regelsatz zu finanzieren.

Freiburg/Berlin 18. Juni 2010

Deutscher Caritasverband e.V.
Vorstandsbereich Sozial- und Fachpolitik
Prof. Dr. Georg Cremer
Generalsekretär

Kontakt:

Dr. Thomas Becker, Abteilungsleiter Koordinierung Sozialpolitik, DCV Freiburg,
Tel. 0761 200-245, thomas.becker@caritas.de

Markus Günter, Referatsleiter Familie und Generationen, DCV Freiburg
Tel. 0761 200-237, markus.guenter@caritas.de

Dr. Verena Liessem, Volkswirtschaftliche Referentin Koordination Sozialpolitik, DCV Freiburg,
Tel. 0761 200-224, verena.liessem@caritas.de

Claire Vogt, Juristische Referentin Koordination Sozialpolitik, DCV Freiburg,
Tel. 0761 200-165, claire.vogt@caritas.de

Dr. Birgit Fix, Referentin für Armuts- und Arbeitsmarktfragen, DCV Berliner Büro,
Tel. 030 284447-78, birgit.fix@caritas.de